Bundesblatt

113. Jahrgang

Bern, den 17. August 1961

Band II

*Erscheint wöchentlich. Preis 30 Franken im Jahr, 16 Franken im Halbjahr zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern*

8308

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, die Besoldung des Bundeskanzlers und die Ruhegehälter der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule

(Vom 8. August 1961)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Am 5. Juni 1961 haben wir Ihnen eine Botschaft betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten unterbreitet. Darin schlagen wir, um den gegenwärtigen Personalschwierigkeiten zu begegnen, eine Reihe von Massnahmen vor, als deren wichtigste wir die allgemeine Erhöhung der Besoldungen der Bundesbeamten um vier Prozent betrachten. Die Bezüge der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts sowie des Bundeskanzlers sind zwar unabhängig von denjenigen der Beamten festgesetzt. Doch wurden sie seit 1950 jeweils in gleichem Masse verbessert wie die Beamtenbesoldungen. Dies veranlasst uns, Ihnen in Verbindung mit der Änderung des Beamtengesetzes auch die entsprechende Änderung der folgenden Erlasse zu beantragen:

1. Bundesbeschluss vom 20. März 1959 über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts;
2. Bundesbeschluss vom 20. März 1959 über die Besoldung des Bundeskanzlers;
3. Bundesbeschluss vom 2. Oktober 1959 über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule.

I. Besoldungsregelung

Auf Grund der eben erwähnten Bundesbeschlüsse haben die Mitglieder der beiden eidgenössischen Gerichte und der Bundeskanzler Anspruch auf die folgenden Jahresbesoldungen und Teuerungszulagen:

	Mitglieder des Bundesgerichts	Mitglieder des Versicherungs- gerichts	Bundeskanzler
	Franken	Franken	Franken
Besoldung	53 000	47 000	43 500
Teuerungszulage (1961).	2 385	2 115	1 958
Total	55 385	49 115	45 458

Die Teuerungszulage bemisst sich nach den für die Beamten geltenden Ansätzen. Die Präsidenten und Vizepräsidenten der beiden Gerichte erhalten Zulagen für ihre besonderen Funktionen. Den Magistratspersonen werden im übrigen weder Ortszuschlag noch Sozialzulagen ausgerichtet.

Bei der Festsetzung der Bezüge der Mitglieder der eidgenössischen Gerichte und des Bundeskanzlers gehen wir davon aus, dass sich die Anwendung der für den Teuerungsausgleich bei den Bundesbeamten massgebenden Grundsätze bewährt hat. Dadurch werden den eidgenössischen Räten die besondern Umtriebe erspart, die mit einem andern Vorgehen für die Anpassung dieser Bezüge an die Kosten der Lebenshaltung verbunden wären. Demzufolge beantragen wir, die Besoldungen und Zulagen der Richter und des Kanzlers heute in gleicher Weise zu stabilisieren, wie wir dies für die Bezüge der Bundesbeamten kürzlich vorgeschlagen haben. Sie sind in diesem Sinne um die Teuerungszulage des Jahres 1961 zu erhöhen.

Ob den Mitgliedern der eidgenössischen Gerichte und dem Bundeskanzler ebenfalls die für die Beamten vorgeschlagene vierprozentige Besoldungsverbesserung zu gewähren ist, bedarf einer besondern Überprüfung, da diese Erhöhung infolge der Personalschwierigkeiten bei der Verwaltung und hauptsächlich bei den Verkehrsbetrieben notwendig ist. Solche Schwierigkeiten können allerdings hinsichtlich der hier zur Diskussion stehenden Magistratspersonen vorläufig nicht geltend gemacht werden, weil sie nicht unvermittelt in Erscheinung treten. Die vorliegende Besoldungsangelegenheit muss jedoch auf lange Sicht beurteilt werden. Sollen die in Frage kommenden Bezüge unabhängig von denjenigen der Beamten bemessen werden, so ist auf die Entwicklung der Einkommensverhältnisse in berufsverwandten Kreisen abzustellen. Sie wird sicher nicht hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückstehen. Dies darf auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen vorausgesetzt werden, obwohl natürlich hierzu keine statistischen Unterlagen mit verbindlichem Aussagewert zur Verfügung stehen. Wie in den frühern Jahren schlagen wir deshalb auch heute vor, die Bezüge der Magistratspersonen in einem gleichen Masse zu verbessern wie die Besoldungen der höchsten Chefbeamten. Dieser Grundsatz wurde bereits in den Jahren 1956 und 1959 vom Gesetzgeber gutgeheissen. Er vermeidet, dass die Bezüge der Richter und des Kanzlers gegenüber denjenigen der Beamten

zurückfallen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung, die der Bundesrat bereits in seiner Botschaft vom 3. Juli 1956 an die Bundesversammlung anlässlich der damaligen Besoldungsverbesserung einer anziehungskräftigen Honorierung unserer höchsten Richter beigemessen hat.

Über das endgültige Ausmass der Teuerungszulage für 1961 besteht vorläufig noch Ungewissheit. Gemäss Artikel 6 des Beschlusses der Bundesversammlung vom 20. Dezember 1960 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal für das Jahr 1961 wird der Zulagensatz je nach der Preisentwicklung in den kommenden Monaten vielleicht am Jahresende erhöht werden müssen. Nach unserem Beschlussesentwurf sind die gegenwärtigen Jahresbesoldungen der Mitglieder der beiden Gerichte und des Bundeskanzlers um die Teuerungszulage für 1961 sowie um vier Prozent zu erhöhen. Die so berechneten Ansätze werden auf den nächsten durch 50 Franken ohne Rest teilbaren Betrag auf- oder abgerundet. Die Nominalbeträge der neuen Besoldungen werden sich also erst aus der abschliessenden Festsetzung der Teuerungszulage ergeben. Die Zulagen für die Präsidenten und Vizepräsidenten der beiden Gerichte lassen sich dagegen ohne weiteres festlegen, da hier ein halbes Prozent Teuerungszulage einen zu vernachlässigenden Einfluss ausübt. Unser Antrag führt zu den folgenden Jahresbezügen:

	Teuerungszulage für 1961		Verbesserung gegenüber 1961
	4½ Prozent	5 Prozent	
	Franken	Franken	Franken
<i>Mitglieder des Bundesgerichts.</i>			
Besoldung	57 500	57 750	2 120
Zulage des Präsidenten	3 900	3 900	144
Zulage des Vizepräsidenten	2 600	2 600	96
<i>Mitglieder des Versicherungsgerichts</i>			
Besoldung	51 000	51 250	1 880
Zulage des Präsidenten	2 600	2 600	96
Zulage des Vizepräsidenten	1 950	1 950	72
<i>Bundeskanzler.</i>	47 200	47 400	1 740

II. Ruhegehaltsordnung

a. Richter

Werden die Besoldungen der Beamten verbessert, so erhöhen sich auch deren Pensionsansprüche, da diese auf Grund der Kassenstatuten von der Besoldung abhängig sind. Bei den Mitgliedern der eidgenössischen Gerichte besteht kein derartiger Zusammenhang. Ihre Ruhegehaltsansprüche sind vielmehr durch den eingangs erwähnten Bundesbeschluss frankennässig festgelegt. Sie berechnen sich, indem man die Summe der Lebensjahre und der anderthalbfach gezählten Amtsjahre mit 260 Franken für Mitglieder des Bundesgerichts und mit 230 Franken für Mitglieder des Versicherungsgerichts multipliziert. Das so errechnete jährliche Ruhegehalt darf indessen, Teuerungszulage nicht einge-

rechnet, 23 500 Franken für Mitglieder des Bundesgerichts und 21 000 Franken für Mitglieder des Versicherungsgerichts nicht übersteigen. Wir sehen keinen Grund dafür, die Ruhegehälter der Richter nicht im gleichen Masse zu erhöhen wie deren Besoldungen und wie die Rentenansprüche der Beamten. Deshalb schlagen wir vor, die soeben genannten Höchstgrenzen um die Teuerungszulage für 1961 sowie um vier Prozent zu erhöhen und sodann die gleiche Rundungsregel wie bei den Besoldungen anzuwenden. Die beiden Faktoren von 260 und 230 Franken können unabhängig davon festgelegt werden, ob die einzubauende Teuerungszulage viereinhalb oder fünf Prozent betragen wird. Dieser Antrag führt zu folgenden Ruhegehaltsansprüchen.

	Teuerungszulage für 1961:		Verbesserung gegenüber 1961
	4 1/2 Prozent Franken	5 Prozent Franken	
<i>Mitglieder des Bundesgerichts</i>			
Rente bildender Faktor	285	285	10
Höchstbetrag des Ruhegehaltes	25 500	25 600	940
<i>Mitglieder des Versicherungsgerichts</i>			
Rente bildender Faktor	250	250	9
Höchstbetrag des Ruhegehaltes	22 800	22 900	840

Die Ansprüche der Witwe entsprechen dem halben Ruhegehalt des Gatten und passen sich von selber an. Hingegen sind die Waisenrenten, die gegenwärtig 2800 Franken für eine einfache Waise und 5600 Franken für eine Vollwaise, zuzüglich Teuerungszulage, betragen, neu zu regeln. Wir beantragen die Erhöhung dieser beiden Summen auf 3100 und 6200 Franken.

b. Bundeskanzler

Der Bundeskanzler ist Mitglied der Eidgenössischen Versicherungskasse, so dass sich sein neuer Rentenanspruch nach den statutarischen Vorschriften errechnet.

c. Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule

Die Ruhegehälter der ETH-Professoren beruhen auf dem Bundesbeschluss vom 13. Juni 1958/2. Oktober 1959 über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule. Sie sind von der Besoldung sowie vom Dienstalter abhängig und dürfen 21 300 Franken für ordentliche und ausserordentliche Professoren bzw. 17 500 Franken für Assistenz-Professoren nicht übersteigen. Hinzu kommen die beamtenrechtlichen Teuerungszulagen. Wir beantragen, auch die für die Berechnung dieser Ruhegehälter erforderlichen Elemente um die Teuerungszulage des Jahres 1961 sowie um vier Prozent zu erhöhen. Dadurch wird das Verhältnis zu den Rentenansprüchen der Beamten und den Ruhegehaltsansprüchen der Magistratspersonen gewahrt.

Die Festsetzung der Besoldungen der ETH-Professoren ist dem Bundesrat übertragen, so dass es sich erübrigt, hier einen Antrag zu stellen.

III. Kosten

Die Annahme unseres Beschlussesentwurfes bewirkt jährliche Mehrausgaben von 66 700 Franken für die erhöhten Besoldungen und von 44 200 Franken für die Verbesserung der Ruhegehälter und Leistungen an Hinterbliebene.

IV. Inkrafttreten

Da das vorliegende Geschäft in unmittelbarem Zusammenhang mit der Änderung des Beamtengesetzes steht, muss der vorgelegte Entwurf zum Bundesbeschluss auch gleichzeitig mit jenem in Kraft treten.

Wir ersuchen Sie höflich, unsere Vorlage zu genehmigen, und versichern Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 8. August 1961.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident i.V.:

Bourgknecht

Der Vizekanzler:

F. Weber

(Entwurf)

Bundesbeschluss
über
**die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des
Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts,
die Besoldung des Bundeskanzlers und die Ruhegehälter der
Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule**

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 85, Ziffer 3 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 8. August 1961,

beschliesst:

I.

Die Besoldungen der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, die Besoldung des Bundeskanzlers sowie die Höchstbeträge für das Ruhegehalt der Mitglieder der beiden Gerichte werden erhöht

- um die Teuerungszulage gemäss Beschluss der Bundesversammlung vom 20. Dezember 1960 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal für das Jahr 1961¹⁾ und
- um vier Prozent der Beträge gemäss den Bundesbeschlüssen vom 20. März 1959 über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts²⁾ und über die Besoldung des Bundeskanzlers³⁾.

Die so erhöhten Ansätze werden auf den nächsten durch 50 Franken ohne Rest teilbaren Betrag auf- oder abgerundet.

II.

Der Bundesbeschluss vom 20. März 1959 über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts wird wie folgt geändert:

¹⁾ AS 1960, 1651.

²⁾ AS 1959, 560.

³⁾ AS 1959, 558.

Art. 1, Abs. 2

² Der Präsident bezieht eine Zulage von 3900 Franken, der Vizepräsident eine solche von 2600 Franken.

Art. 2, Abs. 2

² Der Präsident bezieht eine Zulage von 2600 Franken, der Vizepräsident eine solche von 1950 Franken.

Art. 3, Abs. 2, erster Satz

Für Mitglieder des Bundesgerichts beträgt das jährliche Ruhegehalt 285 Franken multipliziert mit der Summe der Lebensjahre beim Ausscheiden aus dem Amt und der anderthalbfach gezählten Amtsjahre.

Art. 3, Abs. 3, erster Satz

Für Mitglieder des Eidgenössischen Versicherungsgerichts beträgt das jährliche Ruhegehalt 250 Franken multipliziert mit der Summe der Lebensjahre beim Ausscheiden aus dem Amt und der anderthalbfach gezählten Amtsjahre.

Art. 5, Abs. 2

² Jede Waise hat bis zum vollendeten zwanzigsten Altersjahr Anspruch auf eine jährliche Waisenrente von 3100 Franken. Für Vollwaisen erhöht sich der Anspruch auf 6200 Franken.

III.

Die in Artikel 2 des Bundesbeschlusses vom 2. Oktober 1959¹⁾ über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule festgesetzten Beträge werden um die Teuerungszulage gemäss Beschluss der Bundesversammlung vom 20. Dezember 1960 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal für das Jahr 1961 und um vier Prozent der bisherigen Ansätze erhöht.

IV.

Dieser Beschluss tritt auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft wie die Änderung des Bundesgesetzes über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten. Gleichzeitig wird Ziffer V dieses Gesetzes aufgehoben.

V.

Der Bundesrat wird beauftragt, gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse die Bekanntmachung dieses Beschlusses zu veranlassen.

¹ AS 1960, 233.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, die Besoldung des Bundeskanzlers und die Ruhegehälter der Professoren der Eidgen...

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1961
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	33
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	8308
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.08.1961
Date	
Data	
Seite	269-275
Page	
Pagina	
Ref. No	10 041 421

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.